

## Kohleausstieg jetzt einleiten!

VON SVENJA ALMANN UND STEFANIE LANGKAMP

Mit viel Glamour und Pathos unterzeichneten am 22. April 2016 mehr als 170 Staaten den im Dezember 2015 ausgehandelten Weltklimavertrag in New York. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon schwärmte: Der Vertrag habe die Kraft, die Welt zu verändern. Im September 2015 hatten die UN-Staaten einvernehmlich die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung verabschiedet, in der mit Blick auf das Paris-Abkommen in Ziel 13 „Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen“ vereinbart wurden. Gelingen kann dies jedoch nur, wenn sich die Welt noch vor der Mitte dieses Jahrhunderts von den fossilen Energieträgern verabschiedet. Forscher des University College London bezifferten 2015 eindrücklich: Rund 80 Prozent der Kohle-, 50 Prozent der Gas- und 30 Prozent der Ölreserven müssen unter der Erde bleiben. Für Deutschland heißt das: Wir brauchen schleunigst einen gesetzlich verankerten Kohleausstieg.

Gut 40 Prozent der gesamten deutschen CO<sub>2</sub>-Emissionen entfallen auf den Energieträger Kohle. Insbesondere die Braunkohle ist sprichwörtliches Gift für das Klima. Darüber hinaus belastet die Verstromung von Kohle die Gesundheit mit Feinstaub, Stickoxiden und Schwermetallen und ist EU-weit für jährlich über 18.000 vorzeitige Todesfälle

verantwortlich. Beim Abbau von Kohle decken Umwelt- und Entwicklungsorganisationen immer wieder Menschenrechtsverletzungen auf.

Das kolumbianische Bergbauunternehmen Cerrejón, einer der Hauptlieferanten für Steinkohle, vertrieb nach Recherchen der Organisationen FIAN und Urgewald indigene und afrokolumbianische Gemeinden aus ihren Dörfern, ohne sie je zu entschädigen. Der Bergbaukonzern Drummond ging bei der Ausweitung seines Tagebaus sogar über Leichen. So steht der Konzern im Verdacht, Gewerkschafter eingeschüchtert und ermordet sowie bewaffnete Konflikte mit Paramilitärs angeheizt zu haben, um die Zwangsumsiedlungen durchzusetzen.

Was ein „Weiter so“ bei der Kohle für die weltweite Ernährungssicherheit bedeutet, zeigt die Entwicklungsorganisation Oxfam in ihrer Kampagne „Kohle kostet Leben“. Durch einen ungebremsten Klimawandel sinken die Ernteerträge und führen zu steigenden Preisen für Nahrungsmittel. Erfolge bei der Bekämpfung von Armut und Hunger werden so zunichte gemacht. Schon heute bleibt infolge des Klimawandels im Norden Kenias seit mehreren Jahren die Regenzeit aus.

An der Kohleverstromung entscheidet sich deshalb, ob Deutsch-

land die Nachhaltigkeits- und Klimaziele einhalten wird. Die Denkfabrik Agora Energiewende hat im Januar einen umfassenden Vorschlag für einen Kohlekonsens unterbreitet. Der zeigt: Bis 2040 muss das letzte Kohlekraftwerk vom Netz gehen, bis 2025 sogar schon die Hälfte der Kraftwerke. Die aktuellen Planungen der Landesregierungen Sachsen und Brandenburg für vier neue Tagebaue lassen sich damit unmöglich vereinbaren. Schaut man sich die Szenarien von Agora Energiewende an, dürfen die Energiekonzerne sogar große Teile der bereits genehmigten Tagebaue nicht mehr nutzen. Im Rheinischen Revier wird die Hälfte der genehmigten Braunkohle unter der Erde bleiben müssen. Es wird Zeit, dass die Bundesregierung Klarheit schafft.



Svenja Almann ist Mitarbeiterin der Kohlekampagne bei der Klima Allianz Deutschland.

**Literatur**

**Glade, Christophe/Ekins, Paul (2015):** The geographical distribution of fossil fuels unused when limiting global warming to 2°C. In : Nature 517, S. 187-190 [[www.nature.com/nature/journal/v517/n7533/full/nature14016.html](http://www.nature.com/nature/journal/v517/n7533/full/nature14016.html)].

**Umweltbundesamt (2016):** UBA-Emissionsdaten für 2015 zeigen Notwendigkeit für konsequente Umsetzung des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020, Presseinformation 09/2016. Dessau [[www.umweltbundesamt.de/presse/presseinformationen/uba-emissionsdaten-fuer-2015-zeigen-notwendigkeit](http://www.umweltbundesamt.de/presse/presseinformationen/uba-emissionsdaten-fuer-2015-zeigen-notwendigkeit)].

**Urgewald/FIAN Deutschland (2013):** Bitter Coal. Ein Dossier über deutsche Steinkohleimporte. Sassenberg/Köln [[http://kohleimporte.de/fileadmin/user\\_upload/bittercoal\\_1\\_15\\_13.pdf](http://kohleimporte.de/fileadmin/user_upload/bittercoal_1_15_13.pdf)].

**Oxfam Deutschland (2015):** Kohle kostet Leben! Kohle stoppen, Klima schützen, Ernten sichern! Berlin [[www.oxfam.de/system/files/oxfam\\_kohle-kostet-leben\\_factsheet\\_mai-2015\\_web.pdf](http://www.oxfam.de/system/files/oxfam_kohle-kostet-leben_factsheet_mai-2015_web.pdf)].

**Agora Energiewende (2016):** Elf Eckpunkte für einen Kohlekonsens – Konzept zur schrittweisen Dekarbonisierung des deutschen Stromsektors. Berlin [[www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2015/Kohlekonsens/Agora\\_Kohlekonsens\\_KF\\_WEB.pdf](http://www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2015/Kohlekonsens/Agora_Kohlekonsens_KF_WEB.pdf)].



**Stefanie Langkamp** ist Leiterin der Kohle- und Energiepolitik bei der Klima Allianz Deutschland.

## Cui Bono? Anpassung an den Klimawandel in Städten

VON ALMUTH SCHAUBER

In unmittelbaren Gefahrenzonen, beispielsweise an Flussufern, an Küstenlinien oder an steilen Hängen leben insbesondere arme Bevölkerungsgruppen. Wohnlagen in Gefahrenzonen sind für ihre Bewohner und Bewohnerinnen keine freiwillige Option, sie sind Ausdruck des Mangels an bezahlbarem Wohnraum. Schätzungen besagen, dass durchschnittlich ca. 30 Prozent der städtischen Bewohner und Bewohnerinnen in Entwicklungs- und Schwellenländern in informellen Siedlungen leben.

So ergibt sich ein asymmetrisches Verhältnis: Jene, die besonders stark von den Folgen des Klimawandels betroffen sind, sind meist nur geduldete Bewohner ihrer Stadt. Entsprechend werden sie von ihren Kommunen nicht als Anspruchsträger und Anspruchsträgerinnen von Rechten anerkannt. Projekte zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels sind selten reine Schutzmaßnahmen, beispielsweise in Form eines Deiches, der einen Stadtteil vor reißenden Fluten schützen mag. Häufig handelt es sich um eine Mischung aus Schutz- und sogenannten Stadterneuerungsmaßnahmen. Doch bei der Umsetzung von Schutzmaßnahmen spielen die Interessen der direkt Betroffenen selten eine prioritäre Rolle. Aus Sicht vieler Kommunen bieten Anpassungsmaßnahmen die wohlbegründete Möglichkeit, sich informeller

Siedlungen zu entledigen. Die Notwendigkeit des Schutzes vor den Folgen des Klimawandels sowie die Durchführung entsprechender Infrastrukturmaßnahmen in renditeorientierten öffentlich-privaten Partnerschaften drohen, in der strukturellen Exklusion besonders Bedürftiger zu münden. Für die Bewohner und Bewohnerinnen von Gefahrenzonen und insgesamt für städtische Arme ist entscheidend, dass und wie ihre Interessen und Rechte in umfassende Stadtentwicklungsprozesse einbezogen werden. Stehen ihre Interessen nicht im Mittelpunkt aller Überlegungen, wie jüngst vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU) gefordert, drohen sich Stadterneuerungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu einer besonders perfiden Begründung für die Verdrängung armer Bevölkerungsgruppen zu entwickeln.



**Almuth Schaub** ist Referentin für Städtische Entwicklung/Armut in der Stadt beim Bischöflichen Hilfswerk MISEREOR.